



Bozen, 18.04.2023

Bearbeitet von:

An die Direktorinnen und Direktoren
der Kindergartensprengel
der Grundschulsprengel
der Schulsprengel
der Mittel- und Oberschulen
der Berufsschulen
der Musikschulen

An die
Schulführungskräfte in der Bildungsdirektion

Zur Kenntnis: An den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung
der Landesverwaltung
Eros Magnago
Generalsekretariat des Landes

An die
Abteilung Personal

Mitteilung

Veröffentlichungspflichten für Führungskräfte der Kindergärten und Schulen

Sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrter Herr Direktor,

die auf der Grundlage des Antikorruptionsgesetzes Nr. 190/2012 erlassenen gesetzesvertretenden Dekrete Nr. 33/2013 und Nr. 39/2013 sehen für Führungskräfte die Verpflichtung vor, eine Reihe von Erklärungen abzugeben, die dann auf der institutionellen Homepage in der Abteilung „Transparente Verwaltung“ veröffentlicht werden.

Ich erinnere daran, dass gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung betreffend die Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit von Aufträgen (D.LH. vom 27. April 2018, Nr. 12) während der Ausführung des Auftrags der jeweilige Inhaber/die jeweilige Inhaberin jährlich bis zum 30. April dem Organ, das den Auftrag erteilt hat, eine Eigenerklärung darüber abgeben muss, dass keine Unvereinbarkeitsgründe vorliegen (Art. 20 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 39/2013 bzw. laut Art. 3 des Dekrets des Landeshauptmanns Nr. 12/2018).

Dies vorausgeschickt übermittle ich Ihnen als Anlagen zwei Vorlagen für folgende Eigenerklärungen:

- 1) Erklärung über das **Nichtvorhandensein von Unvereinbarkeitsgründen** mit dem laufenden Führungsauftrag
- 2) Erklärung betreffend die **Übernahme von weiteren Ämtern** bei anderen öffentlichen oder privaten Körperschaften und die entsprechenden Vergütungen sowie von Beauftragungen zu Lasten der öffentlichen Finanzen.

Die Personen, die ihren ersten Führungsauftrag erhalten, und die Inhaberinnen und Inhaber eines Führungsauftrages müssen während der Ausführung des Auftrages die Erklärung über das Nichtvorhandensein von Unvereinbarkeitsgründen jährlich vorlegen (siehe **Anlage B**). Diese Verpflichtung betrifft somit auch Schulführungskräfte, die zum 1. September in den Ruhestand treten.



Fälle von Unvereinbarkeit laut gesetzesvertretendem Dekret Nr. 39/2013 sind u.a. dann gegeben, wenn man:

- eine freiberufliche Tätigkeit ausübt, die von derselben Verwaltung oder Körperschaft, die den Führungsauftrag erteilt hat, geregelt, finanziert oder vergütet wird,
- im Laufe des Führungsauftrages ein Amt als Mitglied im Steuerungsorgan derselben öffentlichen Verwaltung annimmt oder beibehält, welche den Führungsauftrag erteilt hat,
- Mitglied des Südtiroler Landtages bzw. des Regionalrates oder der Landesregierung bzw. der Regionalregierung ist,
- Mitglied des Ausschusses oder Rates einer Gemeinde oder eines Zusammenschlusses von Gemeinden mit einer Bevölkerung von insgesamt über 15.000 Einwohnern ist,
- Vorsitzende bzw. Vorsitzender, beauftragte Verwalterin bzw. beauftragter Verwalter oder Mitglied im Steuerungsorgan von privatrechtlichen Körperschaften ist, die von der Region, vom Land oder von Gemeinden bzw. Zusammenschlüssen von Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern kontrolliert werden.

Die zu ernennende Person oder die Führungskraft muss außerdem jährlich die Erklärung über die Übernahme von Ämtern in anderen öffentlichen oder privaten Körperschaften und/oder von Beauftragungen zu Lasten der öffentlichen Finanzen abgeben. In der Erklärung gemäß **Anlage C** ist die Gesamtsumme der Bruttobezüge zu Lasten der öffentlichen Haushalte, die Sie von anderen Verwaltungen, Körperschaften etc. im Jahr 2022 bezogen haben, anzugeben. Auch für den Fall, dass Sie keine Bezüge erhalten haben, braucht es eine ausdrückliche negative Rückmeldung.

Dies vorausgeschickt, ersuche ich Sie, **die beigegeführten Dokumente laut Anlagen B und C** auszufüllen, in ein pdf-Dokument umzuwandeln, digital zu unterschreiben sowie Ihren eventuell aktualisierten Lebenslauf laut Europass-Vorlage bis **30. April 2023**, ausschließlich an folgende E-Mail-Adresse zu senden:

Bildungsverwaltung@provinz.bz.it

Jene Personen, die ihren ersten Führungsauftrag bzw. einen Direktionsauftrag erhalten, sowie alle jene Führungskräfte, deren Führungsauftrag geändert (Wechsel von einer Direktion in eine andere) oder nach Ablauf der regulären Dauer (für dieselbe Direktion) verlängert wird, müssen bevor der Auftrag als Schulführungskraft erteilt wird, gemäß Art. 20 Absatz 1 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 39/2013 bzw. laut Art. 3 des Dekrets des Landeshauptmanns Nr. 12/2018 der Abteilung Bildungsverwaltung eine Eigenerklärung vorlegen, die bestätigt, dass **keine Gründe für die Nichterteilbarkeit** des Auftrags vorliegen (siehe **Anlage A**). Ohne diese Eigenerklärung ist der Auftrag unwirksam.

Ein solcher Hinderungsgrund liegt gemäß dem gesetzesvertretenden Dekret Nr. 39/2013 vor, wenn die Führungskraft:

- wegen einer der Straftaten gegen die öffentliche Verwaltung laut erstem Abschnitt des zweiten Titels des zweiten Buches des Strafgesetzbuches (wie z.B. Amtsunterschlagung, Veruntreuung zu Lasten des Staates, Erpressung im Amt, Bestechung, Amtsmissbrauch, Nutzung und Verwendung von Amtsgeheimnissen, Verweigerung oder Unterlassung von Amtshandlungen, Unterbrechung eines öffentlichen Dienstes) verurteilt wurde – auch wenn das Urteil nicht rechtskräftig ist. Ein Urteil nach Art. 444 der Strafprozessordnung (Strafzumessung auf Antrag der Partei) wird einer Verurteilung gleichgesetzt (vgl. Art. 3),
- in den zwei vorhergehenden Jahren Mitglied des Südtiroler Landtages bzw. des Regionalrates oder der Landesregierung bzw. der Regionalregierung, die den Auftrag erteilt hat, oder
- im vorhergehenden Jahr Mitglied des Gemeinderates oder Gemeindeausschusses einer Gemeinde mit mehr als 15.000 Einwohnern oder
- Vorsitzende bzw. Vorsitzender oder beauftragte Verwalterin bzw. beauftragter Verwalter bei privatrechtlichen Körperschaften, die von der Region, vom Land oder von Gemeinden kontrolliert werden, war (vgl. Art. 7 Absatz 1).

Für allfällige Fragen stehen Ihnen Herr Jimmy Loro (Tel. 0471 417530) oder Frau Kathrin Psenner (Tel. 0471 417533) vom Amt für Bildungsordnung zur Verfügung.



Mit freundlichen Grüßen

Der Abteilungsdirektor
Stephan Tschigg
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

- Anlage A: Nichterteilbarkeit – Erklärung
- Anlage B: Unvereinbarkeit – Erklärung
- Anlage C: Erklärung betreffend die Übernahme von weiteren Ämtern bei anderen öffentlichen oder privaten Körperschaften und die entsprechenden Vergütungen sowie von Beauftragungen zu Lasten der öffentlichen Finanzen